

# Deutschland liegt gut im Rennen – Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl

## Fakten, Argumente, Perspektiven

<b>I. Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl</b>	Seite
1. Alle Signale stehen auf Grün .....	2
2. Steuerreform, Gesundheitsreform, Post- und Rentenreform: ein Fitneßprogramm für die Zukunft .....	3
3. Unsere Aufgaben für die neunziger Jahre: Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit auch für die Zukunft sichern .....	3
4. Die SPD sagt nein .....	5
<b>II. 1987–1990: Reformen für die Zukunft</b>	
1. Steuerreform .....	5
2. Post- und Fernmeldereform .....	8
3. Gesundheitsreform .....	9
<b>III. Die neunziger Jahre: ein Jahrzehnt der Chancen</b>	
1. Rentenreform .....	13
2. Mehr Beweglichkeit und persönliche Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeitswelt .....	13
3. Europäischer Binnenmarkt 1992: Deutschlands Zukunft heißt Europa .....	15
4. Umweltschutz: Europa muß zur Umweltgemeinschaft werden .....	17
<b>IV. 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland</b>	
1. Aufbau und Aufstieg .....	18
2. Vierzig Jahre Frieden und Freiheit .....	19

# I. Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl

Das neue Jahr hat erst vor wenigen Wochen begonnen. Das Meinungsforschungsinstitut in Allensbach veröffentlichte dazu seine traditionelle Silversterumfrage. Die Fragestellung ist seit 1949 immer die gleiche: „Sehen Sie dem kommenden Jahr mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“ Zu Beginn dieses Jahres waren 59 Prozent der Befragten hoffnungsvoll. Seit 1984 liegt die Kurve bei 55 Prozent oder darüber. Zum Vergleich: In den letzten Jahren der SPD-Regierung lag sie bei 30 Prozent. Seitdem Helmut Kohl die Regierung führt, haben die Bürger wieder Hoffnung für die Zukunft.

## 1. Deutschland liegt gut im Rennen – alle Signale stehen auf Grün

Die Lage ist objektiv gut. Unser Land ist das Erfolgsland Nr. 1 in Europa. Wir sind Weltmeister im Export. Die Preise sind stabil. Die Deutsche Mark ist eine der härtesten Währungen der Welt. Und die Konjunktursignale stehen auf Grün: die Auftragsbücher sind voll, die Investitionen steigen. Der Aufschwung geht in sein siebtes Jahr und hat auch den Arbeitsmarkt erfaßt: Seit 1983 wurden rund 900.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. In diesem Jahr werden wir die Millionen-Grenze überschreiten.

Die Stagnation und die Krisen der siebziger Jahre sind überwunden. Jetzt haben wir wieder festen Boden unter den Füßen. Alle Prognosen aus der Wirtschaft und von Sachverständigen sind optimistisch. Dafür nur wenige Beispiele: Der Bundesverband der Deutschen Industrie sieht auch für 1989 eine stabile und beschäftigungsfreundliche Basis. Der Bundesverband deutscher Banken stellt in seinem jüngsten Monatsbericht fest: „Die aktuellen Konjunkturdaten zeigen eine anhaltend günstige Wirtschaftslage in der Bundesrepublik Deutschland.“ EG-Kommission und die eher skeptische OECD sagen für 1989 ein wirtschaftliches Wachstum von 2 bis 2,5 Prozent voraus.

Die SPD hat in den sechziger Jahren vom „Modell Deutschland“ gesprochen. Ziemlich großspurig, wenn man sich das Ergebnis von 13 Jahren

SPD-Regierung ansieht. Wir überlassen es lieber anderen, uns so zu sehen: In Italien zum Beispiel wird heute vom „Modell Deutschland“ gesprochen. Und im letzten Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich haben alle drei Kandidaten auf die Frage, was sie erreichen wollten, gesagt, sie würden eine Politik wie in Deutschland machen. Mehr sein als scheinen — ich glaube, das ist eine richtige Devise der CDU.

## **2. Steuerreform, Gesundheitsreform, Postreform und Rentenreform: ein Fitneßprogramm für die Zukunft**

Wir haben die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit, den längsten Urlaub und die höchsten Sozialleistungen. Wenn die Bundesrepublik Deutschland ihre Spitzenstellung in der Welt auch in Zukunft halten und ein modernes, leistungsfähiges und soziales Industrieland bleiben will, muß sie den wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandel offensiv gestalten. Dies erfordert alle Kräfte. Deshalb haben wir in unserem Wahlprogramm vor der Bundestagswahl 1987 wichtige Reformen angekündigt. Schon zur Halbzeit dieser Legislaturperiode können wir sagen: Wir haben Wort gehalten.

Diese Legislaturperiode ist eine Periode der Erneuerung und der Reformen: Steuerreform, Gesundheitsreform, Postreform und Rentenreform. Sie sind kein Selbstzweck, sondern eine Antwort auf den tiefgreifenden Strukturwandel und auf die europäischen und internationalen Herausforderungen. Sie sind ein Fitneßprogramm für eine gute Zukunft unseres Landes. Noch nie wurden in einer Legislaturperiode — wenn man von den Gründungsjahren unseres Landes einmal absieht — weitreichendere Reformen durchgesetzt als seit 1987. Das ist ein Sieg des Gemeinwohls über Gruppenegoismus und Klientelinteressen, ein Sieg für die Kräfte der Erneuerung und ein Sieg für die Zukunft unseres Landes.

## **3. Unsere Aufgaben für die neunziger Jahre: Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit auch für die Zukunft sichern**

Das vierzigjährige Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist sicher ein Anlaß, mit Stolz auf das Erreichte zurückzublicken. Aber wir würden den Sinn dieses Rückblicks verfehlen, wenn wir dabei nur nach rückwärts schauen, keine Schlüsse für die Zukunft zögen und nicht die Frage stellen: Was müssen wir anders oder neu machen?

Selbstverständlich hat die Bundesrepublik Deutschland großen Erneuerungsbedarf. Das ist auch gar nichts Negatives. Wenn ein Land vierzig Jahre in Frieden lebt und wenn die wesentlichen Institutionen und Fundamente unserer Gesellschaft im ersten Jahrzehnt seiner Existenz entstanden sind, kann das gar nicht anders sein. Wir sind heute eine Generation weiter. Damals waren wir materiell arm, heute sind wir ein wohlhabendes Land. Wir waren damals ein wachsendes Volk, heute sind wir ein schrumpfendes Volk. Der Wissensstand von damals und heute ist überhaupt nicht miteinander vergleichbar. Vor allem in den Naturwissenschaften, in Forschung und Technik überhaupt, haben wir geradezu eine Wissensrevolution erlebt.

Unsere Hauptaufgaben in den neunziger Jahren sind:

- Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Bundesrepublik Deutschland muß gesichert werden, damit wir die Nr. 1 bei Spitzentechnologien bleiben.
- Die große Perspektive der neunziger Jahre heißt Europa, heißt politische Einigung und europäischer Binnenmarkt 1992 — Deutschlands Zukunft heißt Europa.
- Eines der wichtigsten Themen für Europa ist der Umweltschutz. Wir Deutschen müssen Vorreiter im Umweltschutz in Europa bleiben.
- Neue Technologien machen unsere Wirtschaft fit für die Zukunft. Sie ermöglichen dem einzelnen eine flexiblere Gestaltung seiner Arbeit, seiner Partnerschaft, des Familienlebens, seiner Freizeit. Wir brauchen moderne Technik aber auch für den Umweltschutz, für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.
- Wir brauchen ein neues Verständnis von Arbeit: Eigen-, Haus-, Familienarbeit und Erwerbsarbeit müssen gleichberechtigt nebeneinander stehen. Subsidiarität, Dezentralisierung und Flexibilisierung werden wichtige Aufgaben der neunziger Jahre sein. Die CDU will eine Gesellschaft, die Eigen-, Haus-, Familienarbeit und Erwerbsarbeit müssen gleichberechtigt nebeneinander stehen. Subsidiarität, Dezentralisierung und Flexibilisierung werden wichtige Aufgaben der neunziger Jahre sein. Die CDU will eine Gesellschaft, die mehr Raum für persönliche Entfaltung läßt. Nicht der bevormundende Betreuungsstaat ist unser Leitbild, sondern der Staat, der persönliche Initiative, Leistungsbereitschaft sowie Selbst- und Mitverantwortung ermöglicht. Wir wollen mehr Sinnerfüllung in einer farbigen Kulturgesellschaft.
- Wir brauchen auch künftig die solidarische Daseinsvorsorge durch einen modernen Sozialstaat. Aber wir brauchen genauso einen Umbau des

Sozialstaates, damit neue soziale Probleme gelöst werden können, wir brauchen Hilfe zur Selbsthilfe und Stärkung der Eigenverantwortung. Die CDU baut auf eine Kultur des Helfens, der persönlichen Zuwendung von Mensch zu Mensch. Nachbarschaftshilfen, ehrenamtliche Mitarbeit in Kirchen, Verbänden und sozialen Initiativen sowie Selbsthilfegruppen sind Beispiele gelebter Solidarität.

Die neunziger Jahre können für die Bundesrepublik Deutschland ein Jahrzehnt der Chancen werden, wenn wir die Tugenden der Gründungsväter und der Aufbaugeneration nicht verlieren, nämlich die Kraft und die Fähigkeit zur Erneuerung sowie die Bereitschaft, die erforderlichen Lasten zu tragen, um Frieden und Freiheit auch für die Zukunft zu sichern.

#### 4. Die SPD sagt nein

1982 hat uns die SPD die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland hinterlassen. Die CDU mußte den Karren aus dem Dreck ziehen. Und während die CDU die Last der Reformen trägt und unser Land fit für die Zukunft macht, steht die SPD abseits, gibt völlig untaugliche Ratschläge, macht alles mies und sagt zu allem nein:

- Sie hat die große Steuerreform abgelehnt.
- Sie ist gegen die Gesundheitsreform Sturm gelaufen und hat mit falschen Behauptungen alte und kranke Menschen in Angst und Schrecken versetzt.
- Sie lehnt die Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens ab, die lebenswichtig für unsere Wettbewerbsfähigkeit ist.

## II. 1987–1990: Reformen für die Zukunft

### 1. Steuerreform

In unserem Wahlprogramm haben wir gesagt: Wir werden die Steuerbelastung durch ein leistungsfreundliches, sozial gerechtes und übersichtliches Steuersystem verringern. Wir haben Wort gehalten. Die große Steuerreform bringt mehr Geld für die Bürger, mehr Schwung für die Wirtschaft.

Es war höchste Zeit, die Steuern zu senken. Ein Handwerker oder Facharbeiter zum Beispiel mußte bisher von 100 zusätzlich verdienten Mark,

wenn man die Sozialabgaben dazurechnet, über 50 Prozent an Steuern und Sozialabgaben an die öffentliche Hand abgeben. Vor allem Handwerker hätten sich besser gestellt, wenn sie Steuern und Abgaben behalten und den Nettolohn an den Staat abgeführt hätten. Das konnte so nicht weitergehen. Ab 1. Januar 1990 zahlt ein Facharbeiter, wenn er 100 Mark Lohnerhöhung bekommt, nicht mehr 43 Mark ans Finanzamt, sondern nur noch 26 Mark. 48 Milliarden Mark bringt die Steuerreform allen Bürgern. Für einen verheirateten Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern und einem Bruttojahresverdienst von 42.707 Mark beispielsweise heißt das ab 1990 in Mark und Pfennig: netto 1.970 Mark Entlastung durch die drei Stufen der Großen Steuerreform.

Wer an der Front gegen die Arbeitslosigkeit etwas erreichen will, muß die mittelständischen Betriebe im Auge haben. Von 1977 bis 1985 sind in der Bundesrepublik Deutschland von den Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten ungefähr 580.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Mittelständische Unternehmen stellen 60 Prozent aller gewerblichen Arbeitsplätze, erwirtschaften 50 Prozent des Sozialprodukts und tätigen 40 Prozent aller Investitionen. Ein leistungsfähiger Mittelstand bedeutet auch Zukunftsvorsorge für die junge Generation, denn 80 Prozent aller Auszubildenden finden hier ihre Lehrstelle. Deshalb ist die Entlastung des Mittelstandes durch die Steuerreform auch ein Plus für die Arbeitsplätze, für mehr Investitionen, und sie bringt Schwung in die Wirtschaft.

## **Falsche Behauptungen**

Gegen die Steuerreform hat es eine breite Kampagne vor allem der Gewerkschaften und der SPD gegeben. Mit falschen Behauptungen wurde versucht, die Steuerreform mies zu machen:

Das allerdings haben SPD und Gewerkschaften nicht gesagt:

- daß 500.000 Arbeitnehmer zusätzlich ab 1990 überhaupt keine Steuern mehr zahlen,
- daß die Senkung des Eingangsteuersatzes gerade den gering verdienenden Arbeitnehmern nützt. Ein Arbeitnehmer mit zwei Kindern hat heute ein steuerfreies Einkommen von 13.000 Mark; nach 1990 hat er sogar ein steuerfreies Einkommen von 23.000 Mark und fängt dann erst an, die erste Mark zu versteuern — und zwar nicht mehr mit 22 Prozent wie bisher, sondern nur noch mit 19 Prozent.

Bei all ihren Kampagnen haben SPD und Gewerkschaften mit dem kurzen Gedächtnis der Bürger gerechnet — frei nach dem Motto: Es wird schon etwas hängen bleiben. Auch dafür einige Beispiele:

- Anfang 1988 hat der damalige finanzpolitische Sprecher der SPD, Hans Apel, im Deutschen Bundestag gesagt, daß die Finanzpolitik der Bundesrepublik Deutschland den Staat in eine dauerhafte Finanzierungskrise treibe. Die Neuverschuldung werde 1988 auf mindestens 45 Milliarden Mark hochschnellen. 1989 werde sich das Haushaltsdefizit auf 50 Milliarden Mark und 1990 sogar auf 60 Milliarden Mark zu bewegen.
- Tatsache ist jedoch, daß die Neuverschuldung 1989 auf 27,9 Milliarden Mark gesenkt werden kann — und das, obwohl die Sozialausgaben erhöht wurden und für die Stiftung „Mutter und Kind“, bei den Kindergeldleistungen, beim Erziehungsgeld, beim Zivildienst zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt wurden.
- Anfang 1988 hat der Vorsitzende des Deutschen Städtetages, Hannovers Oberbürgermeister Schmalstieg (SPD), im Zusammenhang mit der Steuerreform den finanziellen Zusammenbruch der Gemeinden an die Wand gemalt. Die SPD hat sich der Kampagne angeschlossen; Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen haben bereits darüber berichtet.

In einer Presseerklärung vor wenigen Tagen hat Schmalstieg seine Katastrophenvorhersagen zurücknehmen müssen; denn Tatsache ist: Die Einnahmen der Kommunen haben sich erhöht; 1988 sind sie mit 4,9 Prozent deutlich stärker gestiegen als die Ausgaben mit 3,9 Prozent. Die Sachinvestitionen der Kommunen erhöhten sich um fünf bis sechs Prozent, und die positive Entwicklung hält an. 1981 mußten die Kommunen zehn Milliarden Mark Kredite aufnehmen, 1988 nur noch eine Milliarde Mark.

## Verbrauchssteuern

Auch gegen die Erhöhung einiger Verbrauchssteuern haben Gewerkschaften und SPD polemisiert. Sie haben so getan, als würden diese Verbrauchssteuern erhöht, um die Steuersenkung zu finanzieren. Das ist falsch. Das Geld wird erstens verwendet, um wichtige europäische Aufgaben zu finanzieren, zum Beispiel die Agrarüberschüsse abzubauen und die Agrarpreise stabil zu halten, und zweitens um den Menschen in strukturschwachen Regionen zu helfen, zum Beispiel in der notleidenden Montanindustrie in Nordrhein-Westfalen und im Saarland oder in der Werftindustrie in Schleswig-Holstein und Bremen. Man hat nicht gehört, daß Rau, Lafontaine oder Engholm dagegen protestiert hätten.

Im übrigen: Wenn die SPD die Erhöhung der Verbrauchssteuern kritisiert und so tut, als brähe jetzt bei uns das Elend aus — warum hat sie dann eigentlich allein in den letzten drei Jahren 44 (in Worten: vierundvierzig!) Steuererhöhungen vorgeschlagen? So will die SPD zum Beispiel die

Energiesteuern um bis zu 80 Milliarden Mark jährlich erhöhen; das wären durchschnittlich 1.300 Mark zusätzliche Steuern für jeden Bürger!

Seien wir doch mal ehrlich: Bringt eigentlich die Erhöhung der Mineralölsteuer irgend jemanden in der Bundesrepublik Deutschland an den Bettelstab? Wir haben nach wie vor die niedrigsten Benzinpreise in der Europäischen Gemeinschaft. In Frankreich kostet das Benzin 1,60 Mark und in Italien zwei Mark. Bei uns kostet der Liter bleifreies Normalbenzin jetzt durchschnittlich 1,05 Mark. Zur Zeit der SPD-Regierung hat das (verbleite) Benzin 1,50 Mark gekostet.

## 2. Post- und Fernmeldereform

In unserem Wahlprogramm haben wir darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik Deutschland als exportorientiertes Land sich Technikfeindlichkeit nicht leisten kann. Wirtschaftskraft, Wohlstand und soziale Sicherheit hängen davon ab, ob wir auch in Zukunft technologische Spitzenprodukte auf dem Weltmarkt in Konkurrenz vor allem zu den USA und Japan absetzen können. Deshalb haben wir gesagt, daß wir moderne Informations- und Kommunikationsnetze weiter ausbauen werden.

Wir haben Wort gehalten: Die Postreform ist ein wichtiger Beitrag zum Fitneßprogramm der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist notwendig, um die Chancen des Zukunftsmarktes „Telekommunikation“ nutzen zu können. Die Strukturen des Postkutschen-Zeitalters sind nicht mehr vereinbar mit der unglaublichen Dynamik, die diesen Markt auszeichnet. So wird die Informationsindustrie schon im nächsten Jahr ihren Umsatz auf etwa 500 Milliarden Mark weltweit verdoppelt haben und damit die Größenordnung der Automobilbranche erreichen. Ein Exportland wie die Bundesrepublik Deutschland darf diese technologische Revolution nicht verschlafen oder im Bremserhäuschen sitzen.

Die Postreform lockert Wachstumsbremsen; sie fördert Innovationen, senkt die Telekommunikationskosten für die Unternehmen, aber auch die Telefongebühren für die Bürger und schafft so neue und zukunftssichere Arbeitsplätze. Die Postreform sichert auch neue Angebote bei Fernmeldegeräten. Ab 1990 werden die Verbraucher die Möglichkeit haben, einen Telefonapparat im Warenhaus zu kaufen.

Technologiefeindlichkeit, wie sie SPD und Grüne verbreiten, können wir uns gerade in der Bundesrepublik Deutschland nicht leisten. In keinem anderen großen Industrieland hängen so viele Arbeitsplätze von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ab wie in der Bundesrepublik Deutschland. Bei uns hängt jeder dritte Arbeitsplatz, in Japan nur jeder fünfte und in den USA nicht einmal jeder zehnte vom Export ab.

Noch liegen wir weltweit in der Spitzengruppe. Aber unsere wirtschaftliche Spitzenstellung müssen wir heute nach zwei Seiten behaupten: zum einen gegen die amerikanische und japanische Offensive in den Wachstumsbereichen Mikroelektronik, Datenverarbeitung und Robotertechnik; zum anderen gegen die sogenannten „Schwellenländer“. Die vier „kleinen Tiger“ Taiwan, Südkorea, Singapur und Hongkong stellen zunehmend solche Produkte billiger her, mit denen deutsche Unternehmen bisher führend auf dem Weltmarkt vertreten waren. Wer heute die Einführung neuer Technologien blockiert, sichert zwar vielleicht einen alten Arbeitsplatz heute, aber er verhindert, daß morgen fünf neue geschaffen werden können.

### 3. Gesundheitsreform

In unserem Wahlprogramm haben wir gesagt, daß wir die soziale Sicherheit festigen und ausbauen wollen: Wir haben versprochen, daß wir mit der Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung die Kostenexplosion wirksam bekämpfen und mit der Rentenreform die Renten langfristig sichern wollen.

Wir haben Wort gehalten. Durch die Gesundheitsreform bleiben die Gesundheitskosten bezahlbar. Durch die Rentenreform sind und bleiben die Renten sicher. Und wir haben bei beiden Reformen die Grundsätze beachtet, die wir im Wahlprogramm festgeschrieben hatten:

- Soziale Sicherung beruht auf dem Grundgedanken der Solidarität. Solidarität ist mehr als die Kampfgemeinschaft, die mit Gleichgesinnten eigene Interessen gegen andere durchsetzt, sondern verpflichtet den Starken zum Einsatz für die Schwachen. Der Staat hat die besondere Verpflichtung, für diejenigen in unserer Gesellschaft einzutreten, die keine Lobby haben.
- Der Staat muß Hilfe zur Selbsthilfe geben. Die kleine Gruppe, die Nachbarschaft, die Familien können eher Bürgersinn und Hilfe bewirken als neue staatliche Betreuungsorganisationen.
- Wir brauchen ein neues Verständnis von Arbeit. Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit, und Leistung ist nicht nur bezahlte Leistung. Die Pflege von Familienangehörigen z. B. ist zwar eine Leistung, die weder bezahlt wird noch in die Berechnung des Sozialprodukts einfließt, nichtsdestoweniger handelt es sich um eine Leistung, die unverzichtbar ist.

Das Wahlprogramm war der Fahrplan für den Umbau des Sozialstaates, den wir in dieser Legislaturperiode durchsetzen.

#### Die CDU: die Partei der sozialen Reformen

Die CDU hat mit ihren großen Sozialgesetzen in den fünfziger und sechziger Jahren — leistungsbezogene, dynamische Rente, Krankenversicherung,

Arbeitslosengeld, Familienlastenausgleich, Mitbestimmung — die Grundlage dafür gelegt, daß die Bundesrepublik Deutschland heute ein Sozialstaat ist, der weltweit seinesgleichen sucht. Wir geben heute über 650 Milliarden Mark für Sozialleistungen aus. Im Vergleich: 1960 betrug das Sozialbudget 69 Milliarden Mark. 1950 wurde nur jede sechste in der Bundesrepublik Deutschland verdiente Mark für Soziales abgezweigt, heute jede dritte.

## **Umbau des Sozialstaates**

Schon diese Zahl zeigt, daß das Wachstum des Sozialtats seine Grenzen erreicht. Wir brauchen einen Umbau des Sozialstaates. Mit ihren großen Sozialgesetzen hat die CDU die alten sozialen Fragen weitgehend gelöst. Aber wir stehen in der Sozialpolitik vor neuen sozialen Fragen, die gelöst werden müssen:

● Da ist zunächst der demographische Aufbau unserer Gesellschaft. Seit 1972 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Jahr für Jahr ein Geburtendefizit. Gleichzeitig werden viele Mitbürger immer älter.

● Die Kosten des Gesundheitswesens sind auf 130 Milliarden Mark explodiert.

● Bereits heute sind rund zwei Millionen Menschen pflegebedürftig und benötigen nicht nur vorübergehende Hilfe und Betreuung. Bereits heute werden 95 Prozent dieser zumeist älteren Menschen in den Familien gepflegt. Vor allem die pflegenden Frauen haben dadurch oft schwerwiegende Nachteile in ihrer Rentenbiographie, wenn sie wegen der Pflege auf eine Erwerbstätigkeit verzichten.

Die CDU hat auf ihrem Bundesparteitag in Mannheim 1975 die Neue Soziale Frage formuliert. Wir sind eine Lobby für diejenigen in der Gesellschaft, die keine mächtigen Verbände hinter sich haben, — das sind heute vor allem Familien mit Kindern, Frauen und Pflegebedürftige, alte Menschen. Wir brauchen einen Umbau des Sozialstaats, um neue soziale Fragen zu lösen.

## **Gesundheitsreform und Rentenreform: Umbau des Sozialstaates**

Gesundheitsreform und Rentenreform leisten einen wichtigen Beitrag zum Umbau des Sozialstaates. Und das sind die Umbauelemente:

### **● Anerkennung von Kindererziehungszeiten**

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Arbeit wird auch in der Familie geleistet. Die Einführung von Kindererziehungszeiten ist die Anerkennung dieses neuen Arbeitsbegriffs. Eine „stille Revolution“ hat es Norbert Blüm mit recht genannt.

1988 hatten 3,5 Millionen Mütter Kindererziehungszeiten, die sie früher nicht hatten; 2,3 Millionen Mütter der Jahrgänge vor 1921, 1,2 Millionen Mütter der Jahrgänge nach 1921. 1990 werden es sechs Millionen Mütter sein, die Kindererziehungszeiten angerechnet erhalten. Und wir wollen auf diesem Weg weitergehen: zwei weitere Jahre für Kindererziehung, freilich gekoppelt an die Einführung des Erziehungsgeldes 1986. Eine noch weitergehende Lösung wäre nicht finanzierbar, weil bereits die jetzt bestehende Regelung bis 1990 zehn Milliarden Mark kostet. Die SPD redet jetzt so viel über Kindererziehungszeiten, daß mancher glauben könnte, sie hätte sie eingeführt. Aber nicht die SPD, sondern wir, die Christlich Demokratische Union, haben sie eingeführt.

### ● Pflege

Erstmalig soll die Pflege von Angehörigen in der Rentenversicherung anerkannt werden. Und wer Familienangehörige pflegt, erhält erstmalig Unterstützung: Ab 1. Januar 1989 gibt es für die Pflegenden endlich einmal Urlaub, während der Schwerstpflegebedürftige daheim versorgt wird, und ab 1991 stehen für die Pflegenden weitere sechs Milliarden Mark jährlich zur Verfügung. Mit diesen Neuerungen gibt die CDU eine praktische Antwort auf die Herausforderung Pflege, während sich die SPD darüber einfach ausschweigt.

### Ein Sieg des Gemeinwohls über Gruppenegoismus

Im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform haben Ärzteverbände, Pharmaindustrie, Gewerkschaften und SPD — eine erstaunliche Koalition — ein Bild unseres Landes gezeichnet, als ob hier stündlich das soziale Elend ausbrechen würde:

● Die SPD hat zum Beispiel ein Flugblatt veröffentlicht mit der Überschrift: „Ab 1. 1. 1989 dürfen Sie nicht mehr krank werden.“ Wer hat eigentlich die SPD daran gehindert, während ihrer 13jährigen Regierungszeit selbst eine Gesundheitsreform durchzuführen? Alle am Gesundheitswesen Beteiligten wußten, daß das Gesundheitssystem erneuert werden mußte. Schon 1973 gab es Untersuchungen über die Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Damals gaben die Gesetzlichen Krankenversicherungen zwischen 12 und 13 Milliarden Mark aus. 1988 waren wir bei 130 Milliarden, und im Jahr 2000 wären die Kosten auf über 200 Milliarden Mark gestiegen.

Wer hat eigentlich etwas getan, um das beste Gesundheitssystem der Welt zu retten? Wir haben es gerettet. Die SPD ist in ihrer Regierungszeit vor den Interessenvertretern in die Knie gegangen und verbreitet heute nur Panik.

● Und was hätten eigentlich die Funktionäre der Ärzteverbände und der Verband der Pharmaindustrie davon gehabt, wenn das Gesundheitswesen zusammengebrochen wäre? Es gab im übrigen nicht nur Ärzte und Apotheker, die gegen die CDU protestiert haben; es gab auch Ärzte und Apotheker, die sich geschämt haben für die stilllose Propaganda und Panikmache ihrer Verbände auf dem Rücken der Patienten.

Wir wollen nicht nachkarten, aber da wurden die Grenzen überschritten, die in einer Demokratie eingehalten werden müssen. Die betreffenden Verbände könnten etwas Wiedergutmachung leisten, indem sie sich jetzt an der Aufklärung der Bürger beteiligen, zum Beispiel über folgende Tatsachen:

● Chronisch kranke Menschen, die auf regelmäßige medizinische Betreuung angewiesen sind, werden in vielen Fällen künftig weniger zuzahlen müssen als vor der Reform.

Nehmen wir als Beispiel einen gehbehinderten Krebspatienten, der zytostatische Behandlung, Behandlung zur Stärkung der Abwehrlage, einer Anämie, einer Osteoporose, ferner Schmerzmittel sowie 90 Taxifahrten benötigt. Er hatte nach altem Recht 900 Mark für die Taxifahrten (Hin- und Rückfahrt zehn Mark) und 100 Mark für Rezeptgebühren für 50 Packungen verschiedener Medikamente (zwei Mark pro Verordnung) zu zahlen, also 1.000 Mark im Jahr. Wenn er nicht gerade ein sehr geringes Einkommen an der Sozialhilfegrenze hatte, gab es für diesen Patienten keine gesetzliche Härtefallregelung. Hatte er zum Beispiel als Alleinstehender ein Monatseinkommen von 3000 Mark, blieb es bei der Zuzahlung von 1000 Mark im Jahr aus eigener Tasche.

Die neue Sozialklausel dagegen befreit nicht nur die Bezieher geringer Einkommen völlig von jeglichen Zuzahlungen, sondern sieht für alle Einkommen bis 4575 Mark eine einheitliche Belastungsgrenze von zwei Prozent vor. Der erwähnte Krebspatient muß also nach neuem Recht höchstens 60 Mark pro Monat für Zuzahlungen aufwenden — 720 Mark im Jahr. Er spart durch die Gesundheitsreform 280 Mark im Jahr.

### III. Die neunziger Jahre: ein Jahrzehnt der Chancen

Wem gehören die neunziger Jahre? Uns Deutschen — wenn jetzt die entscheidenden Weichen richtig gestellt werden:

● Die langfristige Sicherung der Renten muß in dieser Legislaturperiode erreicht werden.

- Mehr Beweglichkeit und persönliche Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeitswelt sind wichtige Voraussetzungen dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland ein modernes und humanes Industrieland bleibt.
- Die großartigen Perspektiven des 1992 zu vollendenden europäischen Binnenmarktes müssen wir Deutschen entschlossen nutzen.
- Umweltschutz bleibt eine unserer großen Zukunftsaufgaben. Die Europäische Gemeinschaft muß deshalb auch zu einer Umweltgemeinschaft werden.

## 1. Rentenreform

Die CDU war immer ein Garant für sichere Renten. Mit der Einführung der bruttolohnbezogenen Rente 1957 haben wir die Grundlage dafür geschaffen, daß es den Rentnern heute besser geht als jeder Rentnergeneration zuvor. Diejenigen, die unser Land aus Trümmern aufgebaut haben und heute in Rente gehen, haben einen Anspruch auf einen Lebensabend in materieller Sicherheit. Sie können sich darauf verlassen: ihre Rente kommt pünktlich jeden Monat und steigt ab Juli 1989 um 3,1 Prozent.

Zu den zentralen Herausforderungen gehört der Umbruch im Altersaufbau der Bevölkerung. Seit 1972 gibt es in der Bundesrepublik Jahr für Jahr ein Geburtendefizit. Während heute auf je 100 Beitragszahler 49 Rentner kommen, werden es im Jahr 2000 schon 62 sein. Ab dem Jahr 2030 wird es mehr Rentner geben als aktive Verdienner.

Das bedeutet: Unser Rentensystem muß jetzt reformiert werden, um der unausweichlichen und voraussehbaren Belastung durch den Umbruch im Altersaufbau standhalten zu können. Bewährtes bewahren heißt: Die Rente bleibt leistungsbezogen; sie wird kein Geschenk des Staates sein, sondern Alterslohn für Lebensleistung. Und alle müssen ihren Beitrag dazu leisten: Steuerzahler, Beitragszahler, aber auch die Rentner selbst.

## 2. Mehr Beweglichkeit und persönliche Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeitswelt

Oskar Lafontaine eilt der Ruf des Vordenkers in der SPD voraus, weil er in der Frage der Arbeitszeiten „pragmatische Phantasie“ verlangt. Dabei ist ihm nur eingefallen, was die CDU schon 1984 in ihren Stuttgarter Leitsätzen beschlossen hat — nämlich daß wir in einer modernen Industriegesellschaft neue Arbeitszeitmodelle brauchen. Um es ganz klar zu sagen: Dies heißt für die CDU nicht Abbau sozialer Schutzrechte — das heißt aber: wettbewerbsfähige Arbeits- und Beschäftigungsstrukturen, flexiblere Formen

der Arbeitszeitorganisation, bessere Arbeitsmethoden, mehr Mut zu individuellen Lösungen, ein klares Ja zu neuen Technologien.

Forscher entdecken heute den Weltraum, erforschen die Meere, entwickeln Mikrochips und Computer. Nur bei der Arbeitsorganisation soll es beim überlebten Kolonnenprinzip des 19. Jahrhunderts bleiben?

Verkehrsstaus jeden morgen und abend, großes Gedränge in den Geschäften nach 17.00 Uhr, überlaufene Sportstätten an Wochenenden und Feiertagen, Behördengänge während der Dienstzeit. All dies sind Auswirkungen eines starren und schematischen Arbeitszeitkorsetts. Wo steht es denn geschrieben, daß wir um 8.00 Uhr ins Büro müssen und es um 17.00 Uhr zu verlassen haben — und das fünfmal in der Woche und 45 Jahre lang?

Warum soll nicht ein Arbeitnehmer, wenn er das will, neun Stunden am Tag arbeiten und das vier Tage in der Woche? Warum soll eigentlich ein Arbeitnehmer bis zum 63./65. Lebensjahr acht Stunden am Tag arbeiten und danach null Stunden? In Schweden macht bereits jeder zweite ältere Arbeitnehmer von der Möglichkeit Gebrauch, mit entsprechenden Abschlägen und einem allmählichen Abbau der Arbeitszeit in den Ruhestand zu „gleiten“. Und warum soll nicht die Möglichkeit bestehen, mit Teilzeitarbeit auch über das 65. Lebensjahr hinaus zu arbeiten, wenn man das gesundheitlich noch kann?

Warum ist eigentlich der Teilzeitarbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland so unterentwickelt? Nur ein Prozent der Männer ist bei uns teilzeitbeschäftigt; in Japan sind es fünf Prozent, in Schweden und den USA sogar sieben Prozent. Auch mit 24 Prozent teilzeitbeschäftigten Frauen liegen wir international hinten; in England sind es nämlich 38 Prozent, in Schweden sogar 46 Prozent. Warum müssen bei uns Arbeitnehmer 40 Stunden in der Woche arbeiten, obwohl sie nur 30 oder 25 Stunden arbeiten wollen?

240.000 Arbeitslose suchen einen Teilzeitarbeitsplatz und arbeiten, weil es keinen gibt, null Stunden. 400.000 Beschäftigte arbeiten acht Stunden am Tag, obwohl sie eigentlich nur eine Teilzeitarbeit wollen.

Die Einstellung der Arbeitnehmer gegenüber flexiblen Arbeitszeitmodellen ist positiv. Dort, wo sie bereits eingeführt sind, zum Beispiel bei BMW in Regensburg, sind die Ergebnisse positiv. Eine Umfrage der Wickert-Institute ergab, daß 72 Prozent der Befragten bereit sind, auch am Samstag zu arbeiten, wenn sie dafür einen anderen Wochentag frei bekommen.

Verhindert und blockiert werden solche Lösungen durch ein Kartell der Phantasielosigkeit und mangelnden Mutes zu neuen Lösungen: In trauter Eintracht halten Unternehmer und Gewerkschaften an überkommenen Strukturen und Ordnungen fest und liefern sich wechselseitig Alibis für

Frageverbote. Führungskräfte fürchten im Fall Flexibilisierung der Arbeitszeit Unruhe sowie zusätzliche Organisations- und Koordinierungsaufgaben. Gewerkschaften trauern einer alten Solidarität der Massenorganisation nach. Gemeinsam sind sie nicht bereit anzuerkennen, daß sich nicht die Menschen nach der Arbeitszeitordnung zu richten haben, sondern daß die Arbeitszeitordnung sich nach den Menschen zu richten hat. Und wann sind sie endlich bereit, auch in ihren Tarifverträgen auf die Situation mittelständischer Unternehmen Rücksicht zu nehmen und mehr Möglichkeiten zu differenzierten Lösungen auf betrieblicher Ebene zuzulassen?

### **3. Europäischer Binnenmarkt: Deutschlands Zukunft heißt Europa**

Wir leben europäisch. Wir kaufen Käse aus Frankreich, Apfelsinen aus Spanien, Schuhe aus Italien, Blumen aus den Niederlanden und fahren in den Urlaub nach Griechenland. Die Menschen in unseren Partnerländern kaufen deutsche Autos, deutsche Maschinen, deutschen Wein und zigtausend andere deutsche Produkte. Das heißt: Wir leben europäisch, und unser Wohlstand ist europäisch. Über die Hälfte unserer Ausfuhren verkaufen wir in Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft. Jeder fünfte deutsche Arbeitsplatz hängt von der Europäischen Gemeinschaft ab.

Deutschlands Zukunft heißt Europa. Deshalb hat die CDU Europa wieder auf Erfolgskurs gebracht. CDU — das ist die Europapartei: Konrad Adenauer öffnete der jungen Bundesrepublik Deutschland gegen den erbitterten Widerstand der SPD den Weg nach Europa und ins westliche Bündnis. Seine Entscheidung hat aus jahrhundertelangen Gegnern enge Freunde gemacht. Sie war eine Entscheidung für Freiheit, Demokratie, Frieden und Wohlstand.

### **Erfolgreiche Bilanz der Ratspräsidentschaft von Helmut Kohl**

Helmut Kohl hat diesen Weg fortgesetzt: 1982, gegen Ende der SPD-Regierungszeit, stellte der damalige EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn fest: „So wie jetzt geht es in der EG nicht weiter.“ Die Kasse der Gemeinschaft war leer, die Subventionen und Überproduktionen stiegen ins Unermeßliche, der europäische Binnenmarkt lag in weiter Ferne, die wirtschaftlich schwächeren Mitgliedsstaaten drohten immer weiter zurückzufallen.

Nach gut fünf Jahren CDU-Regierung und nachdem Helmut Kohl ein halbes Jahr an der Spitze der Europäischen Gemeinschaft gestanden hatte, sagte der

jetzige Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors: „Dieser Bundeskanzler hat als Präsident der Europäischen Gemeinschaft in einem halben Jahr mehr geleistet als andere in zehn Jahren.“ Helmut Kohl hat mit seiner Regierung in allen Bereichen den Durchbruch geschafft. Die Finanzierung der Gemeinschaft wurde auf eine sichere Grundlage gestellt. Die Ausgaben für die Agrarpolitik wurden begrenzt; die Landwirtschaft erhielt endlich wieder eine verlässliche finanzielle Grundlage. Mit der Finanz- und der Agrarreform wurde finanzieller Spielraum geschaffen; er wird dazu genutzt, die Mittel für die ärmeren Regionen bis 1992 zu verdoppeln. Der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt der Gemeinschaft kann damit entscheidend gestärkt werden.

## **Binnenmarkt 1992: Herausforderung und Chance**

Thema Nr. 1 ist zur Zeit der Europäische Binnenmarkt, der am 31. Dezember 1992 vollendet sein soll. Ich frage Sie: Haben Sie im Jahr 1.300 Mark zu verschenken? Wahrscheinlich nicht. Aber Sie tun es. 1.300 Mark verschenkt nämlich jeder EG-Bürger, solange der Europäische Binnenmarkt nur auf dem Papier steht.

Die heutigen Grenzen sind ein Milliardengrab. Dafür nur ein Beispiel: Unterschiedliche technische Vorschriften, die gegenseitig nicht anerkannt werden, machen den Unternehmen das Leben schwer. So produziert Philips sieben verschiedene Rasierapparate gleichen Typs für den europäischen Markt. Allein 30 Ingenieure sind damit beschäftigt, die Produkte an die unterschiedlichen Vorschriften anzupassen. Die Rechnung zahlt der Verbraucher.

Grenzkontrollen, technische Handelshemmnisse und Steuerschranken kosten die Gemeinschaft 430 Milliarden Mark jährlich — und das macht ziemlich genau 1.300 Mark pro Kopf. Europäischer Binnenmarkt heißt: freier Austausch von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital; er ist Europas Milliarden-Joker, der Vorteile für Arbeitnehmer, Unternehmer und Verbraucher bringt. Mit über 320 Millionen Menschen wird er die Gemeinschaft zum größten einheitlichen Wirtschaftsraum der westlichen Welt machen. Er wird neue Wachstumskräfte freisetzen und damit weiteren Wohlstand und mehr Arbeitsplätze schaffen. Er wird die Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber den USA, Japan und den südostasiatischen Schwellenländern verbessern. Produkte werden billiger, und das Angebot von Waren und Dienstleistungen wird reichhaltiger.

Der Europäische Binnenmarkt bietet uns Deutschen besonders gute Chancen. Qualitätsarbeit und Service sind die stärksten Waffen unserer Unternehmen im Auslandsgeschäft. Durch den Abbau von Handelsschranken gibt es auch

freie Fahrt für deutsche Produkte. Wir haben die Chance, die Soziale Marktwirtschaft als Grundlage für das gesamte Wirtschaftsgefüge der Gemeinschaft zu nutzen. Deutsche Verbraucherschutz-, Arbeitsschutz-, Gesundheitsschutz- und Umweltschutz-Standards sind in der EG vorbildlich. Das wird so bleiben, weil aus der Euro-Lust kein Euro-Frust werden darf.

Europa darf aber beim Binnenmarkt nicht stehenbleiben. Er muß weiter ausgebaut werden, weil wir nur gemeinsam die Zukunft bewältigen können. Nur ein Europa, das mit einer Stimme spricht, wird sein ganzes politisches und wirtschaftliches Gewicht zur Wahrung seiner eigenen Interessen und zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas in die internationale Politik einbringen können. Nur ein Europa, das sich in der Sicherheitspolitik zusammenschließt und im Atlantischen Bündnis verankert bleibt, kann auf Dauer Frieden und Freiheit bewahren. Und nur ein Europa, das zu einer Forschungs- und Technologiegemeinschaft zusammenwächst, kann technologisch Spitze bleiben und damit seine Exportmärkte und seinen Wohlstand sichern.

#### **4. Umweltschutz:** **Europa muß zur Umweltgemeinschaft werden**

Gemeinsam die Zukunft gestalten — das gilt vor allem auch im Umweltschutz. Denn Luft macht nicht an Grenzen halt; Flüsse fließen durch viele Länder; Meere kennen keine Grenzen. Deshalb wollen wir Europa zu einer Umweltschutzgemeinschaft ausbauen.

Unter der Regierung Helmut Kohl ist Deutschland zum Vorreiter und Motor im europäischen Umweltschutz geworden. Vorreiter waren wir zum Beispiel bei der Luftreinhaltung: Durch die Großfeuerungsanlagen-Verordnung und die Technische Anleitung Luft, durch die Einführung des schadstoffarmen Autos und des bleifreien Benzins werden die Luftschadstoffe ganz erheblich verringert. Maßstäbe haben wir auch im Gewässerschutz gesetzt: Die Novellierungen der wesentlichen Wassergesetze tragen dazu bei, die Schadstoffbelastung von Flüssen und Seen weiter zu senken. Und zum Schutz der Nord- und Ostsee wurde ein 10-Punkte-Katalog verabschiedet, dessen Umsetzung insbesondere die Phosphor- und Stickstoffeinträge sowie die Verklappung von Dünnsäure begrenzen beziehungsweise ganz beenden soll.

Mit uns geht es im europäischen Umweltschutz voran: Zum Schutz der Ozonschicht werden Produktion und Verbrauch von schädlichen Treibgasen um 50 Prozent vermindert. Das reicht aber immer noch nicht aus: Wir müssen hier zu einem Verbot kommen — und zwar europa- beziehungsweise weltweit. Die Vorsorge gegen Störfälle in chemischen Anlagen wurde verbessert.

Europaweit werden jetzt in Kraftwerken Entschwefelungsanlagen eingebaut. Und von 1990 an ist es verboten, bestimmte Abfallstoffe und Dünnsäure in die Meere einzuleiten.

Wohlstand, Frieden, Umwelt — das alles macht die Europäische Gemeinschaft für uns so wichtig. Deshalb kämpfen wir auch bei der Europawahl im Juni dieses Jahres für eine hohe Wahlbeteiligung und eine starke Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament.

## **IV. 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit auch für die Zukunft sichern**

### **1. Aufbau und Aufstieg**

Wir blicken in diesem Jahr auf das 40jährige Bestehen der Bundesrepublik Deutschland zurück, auf eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Wir haben heute die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit, den längsten Urlaub und die höchsten Sozialleistungen. Das Ziel der CDU in den fünfziger Jahren — „Wohlstand für alle“ — ist in einem Maß verwirklicht worden, wie sich das damals kaum jemand vorstellen konnte. Vielleicht kann sich der eine oder andere noch daran erinnern, wie es nach Kriegsende in Deutschland aussah:

- Als die Waffen schwiegen, lasteten 400 Mio. m<sup>3</sup> Schutt auf Deutschland. In Düsseldorf zum Beispiel waren 98 Prozent der Wohnungen unbewohnbar.
- Über 14 Millionen Deutsche waren von Flucht, Ausweisung, Vertreibung und Zwangsumsiedlung betroffen.
- Mit Carepaketen aus den USA wurden fünf Millionen Kinder und Jugendliche mit einer warmen Mahlzeit täglich versorgt.
- Heute kann man es sich kaum vorstellen, daß 1949 ein Arbeiter neunmal solange wie heute arbeiten mußte, um ein Kilo Schweinekotelett kaufen zu können. Für ein Kilo Kaffee mußte er 22mal solange arbeiten wie heute. Studenten schrieben ihre Arbeiten auf gebrauchten Briefumschlägen, weil kein Papier da war.

Angesichts der ungeheuren Zerstörung damals sagte der amerikanische General und spätere Präsident Dwight D. Eisenhower: „... mit jeder anderen hochzivilisierten und stark industrialisierten Nation der Welt konkurrieren zu können — dies wird Deutschland nie wieder erreichen.“ Die Geschichte hat Präsident Eisenhower widerlegt,

- weil die Verfassungsväter der Bundesrepublik Deutschland mit dem Grundgesetz eine rechtsstaatliche Ordnung gaben, die eine stabile Demokratie ermöglichte, die sich — anders als die Weimarer Republik — gegenüber den Feinden der Freiheit zur Wehr setzen konnte;
- weil Konrad Adenauer mit der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland eine feste außenpolitische Orientierung im Bündnis der westlichen Demokratien gab;
- und weil Ludwig Erhard mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft im Mai 1948 die Initialzündung für eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung gab, die als sogenanntes Wirtschaftswunder weltweit bekannt wurde.

Wenn jemals der Spruch „No future“ berechtigt gewesen wäre, dann 1949. Aber die Deutschen ließen sich nicht hängen. Fleiß, Leistungsbereitschaft, Ideenreichtum, Eigeninitiative, Mut zum Risiko, Veränderungsbereitschaft, Freiwilligkeit und auch Opferbereitschaft haben den Aufbau unseres Landes ermöglicht.

Wir haben alle Chancen für eine gute Zukunft, wenn wir die Tugenden der Gründungsväter und der Aufbaugeneration hochhalten, nämlich die Kraft und die Fähigkeit zur Erneuerung sowie die Bereitschaft, Frieden und Freiheit auch in Zukunft zu sichern und die dafür erforderlichen Lasten auch künftig zu tragen.

## 2. Vierzig Jahre Frieden und Freiheit

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland — das sind nicht nur 40 Jahre Wohlstand und soziale Gerechtigkeit, sondern das sind vor allem 40 Jahre Frieden und Freiheit. Von 1914 bis 1949 erlebten die Deutschen in nur 35 Jahren zwei Weltkriege, das Ende des Kaiserreichs, die Weimarer Republik und deren Scheitern sowie die Barbarei des Nationalsozialismus.

Seit 1945 gab es mehr als 150 Kriege auf der Welt, während wir in Frieden leben konnten. Und nicht nur das. Wir erleben den Beginn einer neuen Phase der Abrüstungsgespräche, des West-Ost-Dialogs. Vor kurzem gingen die KSZE-Verhandlungen in Wien zu Ende mit einem Ergebnis, von dem man vor wenigen Jahren nicht zu träumen gewagt hätte.

Zur selben Zeit erleben wir in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem im Zusammenhang mit der Wehrdienstverlängerung und den Tiefflügen, eine Haltung, die nicht zuletzt bei unseren westlichen Nachbarn die Frage auftauchen läßt, ob unsere Bevölkerung noch bereit ist, die zur Verteidigung von Frieden und Freiheit notwendigen Lasten zu tragen. Früher haben die

Deutschen das europäische Gleichgewicht durch Überheblichkeit, Aggressivität und Größenwahn zerstört; bringen sie heute die europäische Machtbalance durch bequemen Pazifismus, ein Übermaß an naiver Gutgläubigkeit und Kleinmut wieder ins Wackeln?

## Die Irrtümer der SPD

Man sollte eigentlich meinen, die SPD hätte allen Grund, vorsichtiger zu sein mit ihrem vorschnellen Jubel bei jedem neuen Gorbatschow-Vorschlag, verbunden mit der gleichzeitigen Kritik an unseren westlichen Bündnispartnern, sie reagierten nicht schnell und nicht flexibel genug. Flexibel ist die SPD allerdings in der Sicherheitspolitik in den letzten Jahren gewesen; so flexibel, daß darüber sogar ihr eigener Bundeskanzler stürzte. „Flexibilität“ in diesem empfindlichen Bereich ist genau das Gegenteil dessen, was wir brauchen. Wir brauchen nämlich Beständigkeit, Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit — verbunden mit Gesprächsbereitschaft und Offenheit.

Nichts von alledem, was die SPD in den letzten Jahren in der Außenpolitik prophezeit hat, ist eingetreten. Wir haben heute keinen „Raketenzaun“, sondern weniger Waffen in Ost und West. Und wir haben keine neue „Eiszeit“, sondern eine neue Phase des Dialogs und der Zusammenarbeit.

Die SPD redet heute soviel über den neuen West-Ost-Dialog, daß man glauben könnte, sie hätte ihn herbeigeführt. Tatsache ist: Die Erfolge in der Außenpolitik waren erst möglich, weil wir gegen den Widerstand der SPD das westliche Bündnis wieder gestärkt und damit die Voraussetzung geschaffen haben, daß die Sowjetunion an den Verhandlungstisch zurückkehrte.

Konrad Adenauer hat oft darüber geseufzt, daß im deutschen Volk vergleichsweise viele auf die größten Dummheiten besonders stolz sind. Dazu gehört zum Beispiel die Neigung, die Verteidigungsfähigkeit möglichst schwach zu halten, weil damit die Gesprächsfähigkeit mit dem Osten angeblich erhöht würde. Vor allem die SPD wird nicht müde, diese These in immer neuen Abwandlungen zu wiederholen. Die SPD will den Schutz der NATO, aber gleichzeitig eine möglichst schwache NATO. Sie will den Nutzen der sicherheitspolitischen Westbindung, aber gleichzeitig hält sie unsere damit verbundenen Verpflichtungen für nicht tragbar. Weil die SPD die Möglichkeit des Ernstfalls verdrängt, will sie lieber eine schwache Bundeswehr als eine, die durch Stärke abschreckt. Dabei läßt sich die SPD auch nicht von der Tatsache beeindrucken, daß es kaum ein politisches Feld gibt, auf dem die SPD in den letzten Jahren mehr versagt hat als in der Außen- und Sicherheitspolitik.

## West-Ost-Dialog braucht Verteidigungsbereitschaft

Das Bedrohungsgefühl in der Bevölkerung sinkt — gleichzeitig auch die Einsicht in die Notwendigkeit der Verteidigungsbereitschaft.

Wir sehen die Chancen welthistorischer Veränderungen, die sich aus der „Perestroika“ in der Sowjetunion ergeben können. Aber dieser Prozeß steht erst am Anfang. Gorbatschow ist noch nicht über den Berg. Helmut Schmidt hat vor kurzem darauf hingewiesen, es sei „gar nicht so sicher“, daß Gorbatschow „in 10 Jahren noch die Sowjetunion regiert“. Er schätzte Gorbatschows Aussichten auf einen Erfolg „nicht höher als 50 Prozent“. (Frankfurter Neue Presse, 20. Dezember 1988)

Wir werden alles tun, um den Dialog und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und mit den anderen osteuropäischen Ländern auf möglichst dauerhafte Grundlagen zu stellen. Aber noch stehen sowjetische Soldaten in Afghanistan, noch sind die Menschenrechte in Osteuropa nicht sicher. Deshalb müssen wir nach wie vor verteidigungsbereit sein und dürfen nicht aus Opportunismus oder Feigheit unsere Freiheit aufs Spiel setzen. Wir müssen vor allem junge Menschen, für die Freiheit eine selbstverständliche Lebenserfahrung ist, über die Folgen des Verlustes der Freiheit aufklären und ihnen deutlich machen, was wir eigentlich verteidigen.

Vielleicht müssen junge Menschen dazu nach Osteuropa blicken, um zu wissen, was der Verlust der Freiheit bedeutet. Gibt es dort freie und geheime Wahlen, unabhängige Gerichte, freie Presse, freie Gewerkschaften, Versammlungsfreiheit, Demonstrationsrecht, Ausreisefreiheit, wirtschaftliche Entfaltung und soziale Gestaltungsmöglichkeiten? Wir diskutieren bei uns über Wehrdienstverlängerung. Wie lange dient eigentlich ein junger Sowjetbürger? (24 Monate) Und was geschieht wohl mit ihm, wenn er den Dienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigern will? (Das ist überhaupt nicht vorgesehen und nach wie vor strafbar!)

Gelegentlich hat man bei der SPD den Eindruck, sie hält die Sowjetunion schon für demokratischer als die Bundesrepublik.

„Wir dürfen unsere Freiheit nicht im Frieden verlieren.“ Dies sagt der ehemalige SPD-Verteidigungsminister Leber. Früher war das für Sozialdemokraten selbstverständlich. Heute erklärt die stellvertretende SPD-Vorsitzende Däubler-Gmelin, sie halte jeden, der das Berufsziel äußere, Soldat werden zu wollen, für „pervers“. Und wer noch alte SPD-Auffassungen vertritt, wie der SPD-Bundestagsabgeordnete und frühere Wohnungsbauminister Haack, sieht in der SPD-Fraktion keinen Platz mehr für sich. Haack verzichtet auf eine erneute Bundestagskandidatur. Er sagt: „Nehmen wir den Tiefflug. Richtig ist: Wir müssen alles unternehmen, um die Tiefflüge drastisch zu verringern. Aber die SPD kann nicht einfach sagen: Wir

verzichten fortan auf jeden Tiefflug. Bei uns proben Piloten Tiefflüge doch nicht, weil es ihnen soviel Spaß macht, sondern weil es für unsere Verteidigungsfähigkeit einfach notwendig ist.“ Haack kritisiert an der SPD, daß sie sich an Trends orientiert, die gerade in der Bevölkerung populär sind.

Wir haben Verständnis für die Kritik vieler Menschen, die durch Tiefflüge betroffen sind. Deshalb hat die Bundesregierung Maßnahmen beschlossen, um die Tiefflüge zu verringern und zugleich das notwendige Mindestmaß an Tiefflugübungen in der Bundesrepublik Deutschland gerechter zu verteilen. Damit wird die Bevölkerung in den jetzigen Tieffluggebieten entlastet. Wir können aber in absehbarer Zeit nicht völlig auf Tiefflugübungen verzichten, wenn wir unsere Sicherheit nicht gefährden wollen. Eine Null-Lösung für den Tiefflugbetrieb, wie es die SPD fordert, ist nicht möglich. Dies hat auch der ehemalige SPD-Verteidigungsminister Hans Apel seinen eigenen Genossen vorgehalten.

Gelegentlich hört man bei uns: Der Zivildienst sei das deutlichere Zeichen des persönlichen Friedenswillens. Es muß wieder eindeutig klargestellt werden, daß unsere Bundeswehrsoldaten mit ihrem Dienst auch die Gewissensfreiheit der Zivildienstleistenden schützen. „Die Bundeswehr ist das legitime Kind der Demokratie.“ Was Theodor Heuss, der erste Bundespräsident, sagte, gilt nach wie vor, und unsere Soldaten verdienen es, daß wir uneingeschränkt hinter ihnen stehen.

### **Ächtung von Chemiewaffen — für die CDU keine Frage**

Es ist schon eine verkehrte Welt. Der neue amerikanische Präsident Bush dankt dem Bundeskanzler für dessen Entschlossenheit, die Entwicklung, Herstellung und Verbreitung chemischer Waffen durch Deutsche zu verhindern. Gleichzeitig diffamieren einige Medien und die SPD — unbeeindruckt von den auf dem Tisch liegenden Fakten — die Bundesregierung und zeichnen ein Bild der Bundesrepublik Deutschland und unserer Wirtschaft, daß man den Eindruck haben könnte, wir seien ein Land von Waffenhändlern. Sicher, der Gedanke ist unerträglich, daß deutsche Firmen an einer Chemiewaffenproduktion mitwirken, doch geht es jetzt um rückhaltlose Aufklärung ohne Ansehen von Personen und Firmen, nicht um Vorverurteilung. Aus der Presse wissen wir, daß inzwischen der Staatsanwalt das Wort hat. Das ist der richtige Weg bei dieser Sache.

Doch das reicht nicht aus. Wir werden dafür sorgen, daß durch die Verschärfung der Ausfuhrkontrollen die mögliche Mitwirkung deutscher Firmen an der Herstellung von Chemiewaffen im Ausland verhindert wird. Wir wollen die schwarzen Schafe unnachgiebig zur Rechenschaft ziehen. Deshalb haben wir beschlossen, daß erstmals jeder, der im Ausland bei der

Herstellung von C-Waffen mitwirkt, ebenso bestraft wird wie deutsche Firmen, die die Herstellung chemischer Waffen vorsätzlich unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die Kontrollmechanismen verbessern, die Genehmigungserfordernis für den Technologietransfer auf weitere Bestimmungsländer ausdehnen und die Kontrollbehörden besser ausstatten. Das ist der richtige Weg.

Auch hier zeigt sich, daß es der SPD um billige Polemik geht und nicht um die Sache. Denn nicht die SPD, sondern die Regierung Helmut Kohl hat von Anfang an alles getan, um eine weltweite Ächtung der Chemiewaffen durchzusetzen. Ein Durchbruch bei den Genfer C-Waffen-Verhandlungen war möglich, weil die Bundesregierung, zum Teil gemeinsam mit der französischen und britischen Regierung, neue Vorschläge unterbreitet und so entscheidend zur sowjetischen Bereitschaft beigetragen hat, Verdachtskontrollen und Vor-Ort-Inspektionen zuzustimmen. Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits 1954 auf C-Waffen verzichtet — unser Ziel ist ein weltweites Verbot, denn nur damit kann man der Verbreitung dieser grausamen Waffen einen wirksamen Riegel vorschieben.

### **Unsere Verteidigungsfähigkeit muß erhalten bleiben**

„Nie wieder Krieg — nie wieder Diktatur.“ Dies war die Lehre, die die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg gezogen hatten und die Konrad Adenauers außenpolitische Grundorientierung bestimmte, nämlich Westintegration und Europäische Einigung. Beide sind auch heute die Grundlage unserer Sicherheit und die Grundlage für unsere Politik der Verständigung und der Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern.

„Eine feige Politik hat noch immer Unglück gebracht“, hat Bismarck gesagt. Der Erfolg gibt heute den mutigen Entscheidungen der Bundesregierung recht. „Es läßt sich schön arbeiten in einem Wald, wo die Bäume laufen und betteln, Holz uns doch ab“, sagt ein deutsches Sprichwort. Deshalb ist die Verhandlungsbereitschaft auf der Grundlage eines einigen westlichen Bündnisses auch unsere Erfolgsmaxime für die Zukunft.

### **Wir tragen internationale Verantwortung**

Wir Deutschen treiben weltweit Handel. Aber sind wir auch bereit, weltweit zu handeln? Wir sind nicht so Größenwahnsinnig wie Kaiser Wilhelm, der das Deutsche Reich zur Weltmacht machen wollte. Aber wir sind heute ein Land von großem internationalem Gewicht: Wir haben politisch, wirtschaftlich und militärisch eine entscheidende Funktion im westlichen Bündnis und in Europa; wir sind das Exportland Nummer eins; wir werden mit den USA und Japan im gleichen Atemzug genannt, wenn es um wirtschaftliche Stabilität,

um die Sicherung von Wechselkursen und um internationale Hilfs- und Unterstützungsaktionen geht — wie zum Beispiel nach dem schrecklichen Erdbeben in der Sowjetunion. Überall wächst die Erwartung, daß wir Deutschen mehr internationale Verantwortung übernehmen. Dies liegt auch in unserem Interesse, denn wichtige Aufgaben können wir nicht mehr allein bewältigen. Wirtschaftliches Wachstum und die Überwindung der Arbeitslosigkeit setzen die Exportfähigkeit der deutschen Industrie und damit die weltweite Überwindung des Protektionismus voraus. Wir können noch soviel arbeiten — wenn wir nicht draußen die Märkte offenhalten, ist alles umsonst gewesen.

Zu unserer internationalen Verantwortung gehört auch der Kampf gegen Hunger und Armut in der Dritten Welt. Dies ist eine moralische Herausforderung gerade für uns christliche Demokraten; das Schicksal hungernder Menschen in Afrika, Asien oder Lateinamerika darf uns nicht gleichgültig sein. Wir haben in den bitteren Nachkriegsjahren erlebt, was Hilfe von außen in der Stunde der Not bedeutet. Und wir ziehen daraus Konsequenzen: Die Bundesrepublik Deutschland leistet mehr Entwicklungshilfe als alle Staaten des Warschauer Paktes zusammen, wir haben besonders armen Ländern ihre Schulden erlassen.